

der Antifaschisten bekennen zu können, die im Jahre 1990 für den PDS-Vorsitzenden den „wahren Antifaschismus“ verkörperten. „Viele von ihnen sind in unserer Partei. Sie erlebten die Wiedergeburt der Ideale in der Partei, für die sie gelitten und gekämpft haben. Sie sind ein ethisch bedeutsamer Teil unserer Partei.“⁶⁸

Der dritte Parteitag der PDS hat 1993 ein Parteiprogramm beschlossen, daß in seiner Aussage zum Antifaschismus hinter die Positionen zurückfällt, die Gysi bereits 1991 bezog. Eine Auseinandersetzung mit dem instrumentellen Charakter des Antifaschismus der SED unterbleibt zugunsten einer plakativen Rückbesinnung auf die Legitimität der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der SBZ nach 1945. Wörtlich heißt es:

„Millionen Menschen setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes ein. Das bedarf keiner Entschuldigung. Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war.“⁶⁹

Mit dieser programmatischen Aussage bezieht sich die PDS in ihrem Geschichtsbild erneut auf den Kern des instrumentellen Antifaschismus der SED, um ihre Politik im vereinten Deutschland zu legitimieren.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Als Vertretung für Herrn Günther Buch unser Sachverständiger Karl Wilhelm Fricke, bitte.

Karl Wilhelm Fricke: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich habe in der Tat erst heute um 9.15 Uhr erfahren, daß ich für Herrn Buch einspringen soll. Ich tue das natürlich gern, aber ich bitte Sie auch gleichzeitig, nicht allzuviel zu erwarten. Ich habe natürlich kein ausgefeiltes Referat, das ich aus der Tasche ziehen und hier vortragen kann. Ich möchte mich also auf ein paar ergänzende Anmerkungen und Informationen beschränken, zu dem was Frau Prof. Wisniewski, Herr Prof. Faulenbach, Herr Fippel und Herr Prof. Wilke ausgeführt haben. Zu dem Gesagten kann ich mich nur voll inhaltlich bekennen. Ich stimme in allen wesentlichen Positionen damit überein. Es bestätigt meine Sicht der Dinge. Und ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht hervorheben, daß aus der Instrumentalisierung des Antifaschismus natürlich auch die Instrumentalisierung oder der Mißbrauch der Entnazifizierung zur Beförderung der Revolution „von oben“ bewußt eingesetzt wurde. Das ist zum Teil konkret ausgeführt, aber ich möchte doch

68 Ebd.

69 Programm der Partei des demokratischen Sozialismus, in: Disput 3/4 1993, Sonderausgabe, Berlin 1993, S. 38

noch einmal daran erinnern, wie frühzeitig das auch durch gesetzgeberische Maßnahmen geschehen ist.

So wurde am 26. Februar 1948 der Befehl Nr. 35 der Sowjetischen Militäradministration erlassen, mit dem formell die Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone für beendet erklärt wurde, und es dauerte nicht lange, daß ein Teil der Internierten aus den Speziallagern des NKWD/MWD entlassen wurde. Im Juli und August 1948 kam es zu einer ersten Entlassungsaktion, von der etwa 28.000 Internierte betroffen waren. Das sind in der Regel ehemalige Mitläufer und Aktivisten der NSDAP gewesen. Im Gegensatz zu manchen anderen Internierten, die in der Nazizeit verfolgt wurden, und von denen, wie Herr Fippel mit Recht ausgeführt hat, einige sogar in den Waldheimer-Prozessen verurteilt worden sind. Es sind übrigens mehr als sechs. Gleichzeitig und parallel dazu vollzog sich die politische Aktivierung früherer Nationalsozialisten und Berufssoldaten, insbesondere durch die Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, von der wir ja wissen, daß sie von der SED manipuliert worden ist. Insofern war also das Wort der SED, als der „großen Freundin der kleinen Nazis“, durchaus nicht unbegründet. Es sind so dann am 11. November 1949 und am 02. Oktober 1952 zwei Gesetze ergangen, durch die alle früheren Nationalsozialisten, Berufssoldaten und Offiziere, soweit sie strafrechtlich nicht verurteilt worden waren, rehabilitiert wurden. D.h. sie erhielten alle staatsbürgerlichen Rechte, einschließlich des passiven und aktiven Wahlrechts. Gerade in diesen beiden Gesetzen liegt begründet, daß in der DDR frühzeitig ein sehr nachsichtiger Umgang mit den ehemaligen Nationalsozialisten geübt wurde. Man könnte im einzelnen jetzt ausführen, wie viele ehemalige Mitglieder der NSDAP in den verschiedenen Volkskammerperioden seit 1950 auszumachen waren. Ich habe diese Zahlen nicht bereit, aber ich kann darauf hinweisen, daß auf jeden Fall die letzte, unter der Herrschaft der SED gewählte Volkskammer, die am 08. Juni 1986 gewählte Volkskammer, von 500 Abgeordneten immerhin noch 19 ehemalige Mitglieder der NSDAP gehabt hat.

Darunter war Heinz Eichler, gleichzeitig Sekretär des Staatsrates, darunter war natürlich vor allen Dingen ein Mann wie Heinrich Homann, ein sogenannter „Alter Kämpfer“, der gleichzeitig auch stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates und Vorsitzender der NDPD war, und als drittes Beispiel Hans Reichelt, Vizepremier und Minister für Umweltschutz. Ähnlich verhält es sich mit der Zusammensetzung der Mitglieder des Zentralkomitees der SED. Man kann in den verschiedenen Zentralkomitees, zumindest seit 1954, immer wieder eine relativ hohe Zahl, für mich erstaunlich hohe Zahl, von Mitgliedern der NSDAP ausmachen. Selbst in dem 1986, vom XI. Parteitag der SED, gewählten Zentralkomitee waren von 165 Mitgliedern mindestens 13 ehemalige Mitglieder der NSDAP. Darunter: